

Antrags-Nr.: 1.1.-010

Thema: Schluss mit der Sozialpiraterie

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung sind unsozial und belasten einseitig Geringverdiener und hilfebedürftige Bürger. Die AWO fordert eine gerechte Verteilung der Lasten!

Der Sozialstaat wird mehr und mehr ausgehöhlt. Von den 80 Milliarden Euro, die im Bundeshaushalt bis 2013 eingespart werden sollen, sollen 40% im sozialen Bereich gekürzt werden. Dagegen kommt der Bankensektor als Krisenverursacher mit nur 2 Milliarden Euro sehr glimpflich davon. Die Schere zwischen arm und reich geht in unserem Land immer weiter auseinander!

Suppenküchen, Sozialkaufhäuser, Tafeln: ist das unsere Zukunft?

Die AWO hilft, wo sie kann, und das seit mehr als 90 Jahren. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde mit Suppenküchen und Nähstuben der größten Not begegnet. Wir sehen die stark gewordenen Tafeln, die eine wichtige Arbeit für Bedürftige leisten, als Zeichen für das Versagen des Sozialstaates, die aber keine Dauerlösung sein können.

Die AWO ist der festen Überzeugung, dass nur ein intakter, handlungsfähiger und ausgleichender Sozialstaat die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und unserer Demokratie sichert.

Unsere Forderungen:

- Gerechte Verteilung der Lasten!

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Die AWO fordert die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

- Erhalt des solidarisch und paritätisch finanzierten Gesundheitssystems!

Die einseitige Verlagerung der Kostensteigerung auf die ArbeitnehmerInnen muss zurückgenommen werden!

Die AWO fordert die Bürgerversicherung, in die alle einzahlen.

Die Zusatzbeiträge sind zu streichen.

- Erhalt der Rentengarantie!

Die AWO wehrt sich gegen die Plünderung der Rentenkassen und die Kürzung der Rente auf Armutsniveau.

- Mindestlohn garantieren - Tariflöhne stärken!

Wer arbeitet, muss davon leben können. Lohnarmut bewirkt Kinderarmut und mündet in späterer Altersarmut. Die AWO fordert den gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze und eine Stärkung der Tariflöhne.

- Existenzsichernde Grundsicherung und Eingliederung bei Erwerbslosigkeit!

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende ist für viele von uns zur Bedrohung geworden vor sozialem Abstieg, Ausgrenzung und Armut.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2012
23.11. – 25.11.2012 in Bonn

Die AWO fordert die Rücknahme der Kürzungen im ALG II!

Die Regelsätze müssen transparent sein und eine menschenwürdige Existenz sichern.

Der Rentenzuschuss im SGB II vermeidet Altersarmut und ist zu erhalten!

Die Maßnahmen zur Eingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt sind zu stärken statt pauschal zu kürzen! Die Menschen sind auf Augenhöhe zu beteiligen!

Das Elterngeld gibt Kindern Chancen und ist als familienpolitische Maßnahme zu erhalten!

Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger muss erhalten bleiben!

Deshalb fordert die AWO:

- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt!
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer